

Erneuerbare Energie/ EU / Ökostromgesetz /IG Windkraft

Europas Energiezukunft wurde heute besiegelt

Heute Nacht einigten sich EU-Ministerrat, EU-Kommission und EU-Parlament auf die neue EU- Erneuerbare Energie Richtlinie – 2020 11% Windstrom erwartet

Wien, 9.12.2008: Heute Nacht haben sich der EU-Ministerrat, die EU-Kommission und das EU Parlament auf die EU- Erneuerbare Energie Richtlinie geeinigt. Sie ist teil des EU-Klima- und Energiepakets, das bis 2020 20% erneuerbare Energie am Gesamtenergiebedarf und eine 20% Reduktion bei den Treibhausgasemissionen anstrebt. Das EU-Ziel von 20% erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch bedeuten für den Stromsektor, dass künftig sogar ein Drittel des in der EU erzeugten Stroms aus diesen sauberen Energiequellen stammen müssen. Gegenüber 2005, wo 15% aus diesen Quellen stammten, bedeutet das eine Verdopplung des Anteils. Die Windkraft wird davon wiederum etwa Drittel (34,8%) bereitstellen. Das entspricht in etwa 11% Windkraftanteil an der gesamten europäischen Elektrizitätsversorgung im Jahr 2020. Heute stammen etwa 3% der gesamten Elektrizität in der EU aus Windkraft.

11% Windstrom in der EU im Jahr 2020

„Sensationell ist, dass alle Länder dieser Richtlinie zugestimmt haben und dass nach Einschätzungen der europäischen Ökoenergieverbände die Windenergie 2020 den größten Anteil an der erneuerbaren Stromerzeugung in Europa haben wird“, freut sich Mag. Stefan Hantsch, Geschäftsführer der IG Windkraft, über die Einigung.

Legt man das EU- Ziel auf Österreich um, dann werden die Einschätzungen der IG Windkraft bestätigt, die eine Steigerung der Produktion in Österreich von derzeit etwa zwei Mrd. kWh (entsprechend etwa 3% des derzeitigen Strombedarfs) auf 7,5 Mrd. kWh bis 2020 anstrebt. Wegen der immer effizienteren Anlagentechnik steht der Verdreieinhalbfachung bei der Produktion aber nur die Steigerung der Anlagenzahl von derzeit 600 auf etwa 1.100 gegenüber.

Österreichische Bundesregierung muss handeln

„Die österreichische Bundesregierung ist daher gefordert, schnell den Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz zu forcieren. Dazu ist notwendig, dass der Stillstand beim Ökostromausbau endlich durchbrochen wird. Dazu muss die EU-Genehmigung der im Juli beschlossenen Ökostromgesetz-Novelle von österreichischer Seite engagiert abgewickelt werden. Danach sind Einspeisetarife auf europäischem Niveau festzulegen. Frontalangriffe, wie die Idee der E-Control, die Netzgebühren derart zu steigern, dass bestehenden Anlagen plötzlich ein Drittel bis die Hälfte ihrer Wirtschaftlichkeit weggenommen wird, passen ebenfalls nicht mit der Erfüllung der EU Ziele zusammen“, so Hantsch abschließend.

Rückfragehinweis:

Mag. Stefan Moidl, IG Windkraft: Tel. +43 676 3707820; s.moidl@igwindkraft.at;

Hintergrundmaterial finden sie unter: www.igwindkraft.at ; www.ewea.org